

Sächsische Vorzeitung und Elbgaupresse

Druck-Verlag: Emil Drescher Nr. 21302
L.-Nr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Daukrone: Elbkanal Dresden, Straße Dierich Nr. 608
Postfach-Nr.: Nr. 512 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weiher Hirsch, Bählaus, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hofterwitz, Pillnitz, Wählig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse-Druckerei und Verlagsanstalt Hermann Deyer & Co., Dresden-Dierich. — Verantwortlich für Lokales Carl Drach, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Ercheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warke, Radio-Beilage, Anzeigen werden die 4 gepaltene Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Resten die 4 gepaltene Zeile mit 50 Goldpfennigen. Anzeigen u. Resten mit Plakatschriften und schwierigen Schriften werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inserationsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zellenpreis in Ansatzung gebracht. Nachdruckverbot: d. v. verpät. Zahlung, Klage od. Konkurs d. Auftraggebers.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
22. Jahrgang

Nr. 20

Sonnabend, den 24. Januar

1925

Das preußische Kabinett zurückgetreten

Kein Regierungsturz, sondern die Konsequenz eines kuriosen Abstimmungsergebnisses über Misstrauens- und Vertrauensanträge im preußischen Landtage. — Die Gegner des Kabinetts sind zwar in der Mehrheit, aber ihre die Stützen der Regierung nur gering übersteigende Zahl bleibt unter der für Annahme eines Misstrauensvotums notwendigen Zahl. — Die Regierungsparteien erzielen durch Obstruktion ein beschlußunfähiges Haus und unterbinden dadurch einen rechtsgültigen Beschluß über den von den Deutschnationalen aus taktischen Gründen gestellten Vertrauensantrag. — Die Sitzung endet mit Tumultszenen.

Die Abstimmung im preußischen Landtage

In der achtsten Sitzung des preußischen Landtages wurde wie wir gestern bereits in einem Teile unserer Ausgabe mitgeteilt haben, über folgenden kommunalistischen Antrag namentlich abgestimmt: Das Staatsministerium besteht nicht das Vertrauen des Landtages.

Die Abstimmung hatte folgendes Ergebnis: Abgegeben wurden 442 Stimmen, enthalten hatte sich niemand, unanfällig war keine Stimme. Mit Ja stimmten 221, mit Nein ebenfalls 221. Minutenlanges Gänkeklaffen links und in der Mitte. Der kommunalistische Antrag auf Entlassung des Vertrauens ist damit nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung abgelehnt.

Die weitere Abstimmung über die Misstrauensvoten gegen die einzelnen Minister wird getrennt vorgenommen. Es wird zunächst darüber abgestimmt, ob dem Kultusminister Braun (Braun hat zurzeit drei Ministerien inne!) das Vertrauen entzogen werden soll. Es schloßen sich daran die Abstimmungen über den Finanzminister Braun, den Innenminister Geyer und den Handelsminister Eberlein.

Die Abstimmung über den Kultusminister Braun ergab: 220 Stimmen mit Ja, 117 Stimmen mit Nein. Das Ergebnis wird von der Rechten mit Beifall aufgenommen.

Präsident Bartels erklärte über den Antrag für abgelehnt da die Mehrheit bei 60 Landtagsabgeordneten 226 betragen müßte. An dieser Mehrheit fehlten also sechs Stimmen. Von der Rechten wird gegen diese Ausdeutung körnlicher Widerspruch erhoben.

Bei der Abstimmung über den Misstrauensantrag gegen den Finanzminister Braun werden 439 Stimmen abgegeben, davon lauteten auf Ja 221 Stimmen, auf Nein 218. Präsident Bartels erklärte diesmal den Antrag für angenommen, fügte aber hinzu daß er die verfassungsmäßige Mehrheit nicht erhalten habe. (Stürmischer Beifall links Widerspruch auf der Rechten.)

Die Misstrauensvoten gegen den Ministerpräsidenten Braun den Innenminister Geyer und den Handelsminister Eberlein wurden in einer Abstimmung erledigt. Es wurden 430 Stimmen abgegeben. Für den Misstrauensantrag stimmten 221, dagegen 218. Präsident Bartels erklärte auch diesmal den Antrag für angenommen, hob aber wieder hervor, daß die verfassungsmäßige Mehrheit nicht erreicht sei. (Stürmischer Beifall und Gänkeklaffen bei den Sozialdemokraten und Demokraten.)

Nach der zweiten Abstimmung erklärte Abg. Schöner (D.N.), daß die Reichsliste auszuwählen der Rechten entschieden sei, nur Epikuristen könnten sie verhindern. Ueber verfassungsmäßige Normalität könne hier noch lange geschritten werden. Das erlösende Wort müßte und werde hoffentlich vom Ministerpräsidenten Braun selbst gesprochen werden. Es könne nur so lauten daß er nach einer herzlichen moralischen Niederlage sich zu einer Vergewaltigung dieses Hauses wende. Sondern darauf die moralische Selbstkollaterale stehen müßte.

Abg. Vied (Komm.) erklärte gleichfalls, daß das Staatsministerium nach der Abstimmung keine Politik umdrehen weiterführen könne. Die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei, insbesondere Dr. v. Campe und Eberlein,

Die Londoner Schiebung

Ein Eingeständnis Herriots

Nach der Donnerstag-Samstags-Rede Herriots über seine Reparationspolitik läßt sich feststellen, daß der französische Ministerpräsident während der Londoner Konferenz den Versuch gemacht hat, die verhandlungsmäßige Räumung der Kölner Zone am 10. Januar 1925 hinanzuschreiben zu lassen. Dieser letzte darüber eine klare Ausrückung Herriots.

Die Angriffe des internationalistischen demokratischen Bonnet während der Konferenz auf die deutsche Reparationspolitik, die von dem Londoner Reparationskonferenz als Gegenleistung für die Annahme der militärischen Räumung der Ruhr bedingt die Verlängerung der Okkupationsfrist für die Kölner Zone erreichte. Vergleich man die wichtige Erklärung mit früheren halbom-

del. vertreten in der Aussprache den Standpunkt, eine einfache Majorität genüge, da der Kultusminister das Vertrauen gar nicht gehabt habe. Es komme daher Artikel 57, Abs. 1, in Frage.

Abg. Koch-Deunhausen (D.N.) und Boeder, Berlin (D.N.), vertreten den gleichen Standpunkt. Die Abg. Rulicke (Dem.) und Gracianki (Soz.) wiesen dagegen darauf hin, daß der deutschnationale Antrag hingegen derselbe sei wie der vorher abgelehnte kommunalistische Antrag, ein Standpunkt, dem sich der Präsident Bartels anschloß.

Nach der letzten Abstimmung über die Misstrauensvoten spricht Abg. Koch-Deunhausen (D.N.) die Erwartung aus, daß aus den Mehrheitsverhältnissen, die sich ergeben hätten, die Minister Braun, Geyer und Eberlein die Konsequenzen ziehen müßten.

Abg. Campe (D. Sp.) wies darauf hin, daß immer wieder das wesentliche von den Herren von links übersehen werde. Nach der Renouveau habe das Ministerium Braun überhaupt noch kein Vertrauensvotum bekommen. Das Haus wandle sich dann zur momentanen Abstimmung über den von den Nationalsozialisten gestellten Vertrauensantrag. Es wurden 228 Stimmen dagegen abgegeben.

Der Präsident erklärte, der Landtag sei als beschlußfähig, (Stürmischer Widerspruch bei den Kommunisten und rechts, Ungehöriger Tumult im saunen Hause.)

Vor der Abstimmung hatte der Abg. Gracianki erklärt, der Antrag, das Vertrauen auszusprechen, sei unwahrscheinlich, deshalb würden sich Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten an der Abstimmung nicht beteiligen. Politischen Kommunisten und Sozialisten droht es zu einem Sandbrennen zu kommen. Die Worte des Präsidenten, der die nächste Sitzung schließt, seien in den folgenden Tagen unter. Von der Tribüne hört man lärmende Kundgebungen. Die Kommunisten antworten darauf, als Präsident Bartels nach Feststellung der Tagesordnung und Mitteilung der Gegenstände den Präsidenten verließ, trat Abg. Vied (Komm.) zur Tribüne, reißt die Präsidentenmode an sich und übernimmt unter dem tosenden Beifall seiner Freunde und unangehörigen Tumult des Hauses den Vorsitz. Es wird ein Hoch auf die Internationale angedacht, in das von der Tribüne aus einstimmt wird.

Der Demissionsschluss

Am nächsten Tag an die Plenarsitzung des Preussischen Landtages trat das Zentrum,

lichen Mitteilungen, so läßt sich konstatieren, daß stehende Widerstände vorhanden sind. Wahrende Persönlichkeiten sprachen wiederholt die Versicherung aus, daß in London ein Kompromiß bezüglich eines Ausbaus der Räumung der Kölner Zone nicht abgeschlossen worden sei. Angehörig deshalb, weil MacDonald auf einen solchen Handel nicht einging. Herriots Erklärung heißt diese Sache in ein ganz anderes Licht.

Man glaubt zu wissen, daß die Reichsministerkonferenz auf die deutsche Note hinsichtlich der Räumung der Kölner Zone antworten werde, es sei ihr unmöglich, dem deutschen Standpunkt zuzustimmen. Ebenso könne nicht die in der Reklamationsnote zum Ausdruck gebrachte Ansicht vertreten werden.

Die Demokraten und die Sozialdemokraten an einer interfraktionellen Besprechung zusammen, die zwar zu keinem formellen Beschluß führte, in der aber als Meinung der Mehrheit zum Ausdruck kam, daß das Kabinett angesichts der Abstimmungsergebnisse zurücktreten solle. Im Anschluß hieran trat das Kabinett zu einer Sitzung zusammen, in der es keine Demission beschloß.

Der Reichsrat des Landtages wird in den nächsten Tagen zusammenzutreten um den Termin für die Reumahme des Ministerpräsidenten durch den Landtag festzusetzen. Das bisherige Kabinett wird bis dahin die laufenden Geschäfte fortführen.

Die Rücktrittsannonce

Nur Besprechung der Geschäftsliste hat Präsident Bartels den Reichsrat für Sonnabend vormittag 11 Uhr einberufen. Der Präsident beabsichtigt, dem Reichsrat vorzutragen, Anfangs nächster Woche eine Sitzung abzuhalten, die den Tag für die Reumahme des Ministerpräsidenten festlegen soll.

Das Demissionsergebnis Braun. Der bisherige Ministerpräsident Braun hat an den Präsidenten des Preussischen Landtages folgendes Schreiben gerichtet:

Ich beehre mich erachten mitzutellen, daß das Kabinett heute beschloßen hat, in seiner Gesamtheit zurückzutreten. Wenn auch das Ergebnis der heutigen Abstimmung des Landtages das Kabinett verfassungsmäßig nicht anzuheben (1), zurückzutreten hat es gleichwohl den Rücktritt beschloßen da die Haltung der Parteien ein erwieckliches Arbeiten für das Wohl des Landes nicht mehr ermöglicht.

Es ist anzunehmen, daß wie im Reich, so auch in Preußen eine Reichsregierung die zunächst fühle Mühsal des Zentrums finden wird, da in schließlich auch das Zentrum im Reich nicht eine rechtsgerichtete Regierung unterstützen, in Preußen dagegen bescheiden kann. In den Kreisen der Reichsparteien des Preussischen Landtages ist man optimistisch gestimmt und glaubt, daß die Bildung der neuen Regierung ohne große Schwierigkeiten wird vollziehen lassen. Der von der Rechten als Ministerpräsident präsentiert werden wird, steht im Augenblick noch nicht fest; jedenfalls konzentriert sich nun das Interesse der Berliner politischen Welt voll Spannung auf die Entwicklung, die die Dinge in Preußen nehmen werden.

Dr. Luthers erster schwerer Gang

Als der neue Reichskanzler Dr. Luther Ende der vorigen Woche vor dem Reichstag hintreten wollte, um die Regierungserklärung abzugeben, passierte ihm ein geistliches Unglück, wie es wohl selten einem Staatsmann zutreffen kann: er mußte im letzten Augenblick die Regierungserklärung ablegen, weil ihm noch einer der wichtigsten Minister, der Leiter der Reichsfinanzen, fehlte. Die der Regierung feindlich gesinnten Kreise, die von Anfang an dem neuen Kanzler ein schlechtes Geschick gewünscht haben, glaubten in dieser ersten Verlegenheit Dr. Luthers ein böses Omen zu sehen, aber sie wurden enttäuscht, denn in letzter Stunde gelang es, nach Ueberwindung erheblicher Schwierigkeiten, auch noch den letzten Ministerposten zu besetzen. Damit war vielleicht eine der schwierigsten Voraussetzungen für das künftige Schicksal der Regierung Luthers geschaffen, die vorläufig den letzten Ausweg aus dem Zustand der vorigen Krise schaffen mußte.

„Möchte, Möchte, Du gehst einen schweren Gang“ — dieser Zwischenfall während der ersten Rede des neuen Reichskanzlers Dr. Luther im Reichstag kennzeichnete die Situation für den neuen Reichskanzler treffend. Er selbst bemühte sich zwar, die Stellung der neuen Reichsregierung vor dem Reichstage darzulegen. Ein Programm aber war es nicht, was der Kanzler bei der Vorstellung seiner Regierung vor dem Reichstage entwickelte, sondern lediglich eine Aufzählung der in der Luft liegenden Aufgaben und innenpolitischen Probleme, ohne auch nur den leisesten Versuch, auf die Problematik selbst einzugehen. Angriffspunkte gab die Kanzlerrede insofern nicht, aber sie gab ebenso wenig eine klare politische Linie. An den wenigen Stellen, an denen die Rede eine konkrete politische Zielsetzung erkennen ließ, war sie ein Bekenntnis zu der von der bisherigen Regierung verfolgten Politik.

Immerhin: ehrlichen Willen und die feste Absicht zu positiver Arbeit bringt der neue Kanzler sicher in sein schweres Amt mit. Er wird unzufrieden darüber, daß die Regierung seinen Stempel aufdrücken, und es merkwürdig, was es in dieser Beziehung den Deutschnationalen im Verhältnis zu deren bisherigen Politik zuzumute. Die Frage ist nur die, ob die Deutschnationalen nach dem ersten Mittwochen der Regierungserklärung bei der Stange bleiben. Luther ist, wenn er glaubt, daß das Kabinett seine Arbeit auf breiter Grundlage leisten könne; aber solche Grundlage wäre allein in der großen Koalition von der Volkspartei bis zur Sozialdemokratie gegeben gewesen. Das Bild, was sich jetzt bietet ist so, daß mit vollem Herzen eigentlich nur die Volkspartei bei der Sache ist; die Deutschnationalen sind zwar mit von der Partie, aber wohl nur solange, als sie nach Hoffnung haben, das Schiff doch noch ganz in ihr Fahrwasser zu bringen. Das Zentrum ist keineswegs lutherisch geworden, und seine Grundstimmung ist die einer müden und verzweifelten Resignation. Die Demokraten haben Bewehr bei Tsch, die Sozialdemokraten aber in schärfster Opposition.

Es wird das Schicksal der neuen Regierung davon abhängen, wie sie bei dem Versuch der Lösung der „schwierigsten Aufgaben vorgeht. Außenpolitisch gehört hierzu die Räumung der Kölner Zone, innenpolitisch die Steuerreform, die Aufwertung und der Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Es wird interessant sein zu sehen, zu welchem Kompromiß die deutschnationalen Vertreter einer Aufwertung ohne Einschränkung und der in Aufwertungssachen bisher mehr als zurückhaltend eingestellte Reichskanzler gelangen werden. Ebenso interessant dürfte es werden, wenn die Deutschnationalen unter Verzicht auf die von ihnen bisher gezeigte große Sorge an der Lösung des Problems der Ruhr-